

Medienmitteilung Sperrfrist 3. September 2015, 11 Uhr

Thema	Finanzielle Situation der Stadt Luzern (Voranschlag, Gesamtplanung, Projekt „Haushalt im Gleichgewicht“)
Für Rückfragen	Laura Kopp (079 696 73 28, laura.kopp@grunliberale.ch)
Absender	Grünliberale Partei Stadt Luzern, 6000 Luzern luzern@grunliberale.ch / www.luzern.grunliberale.ch
Datum	1. September 2015

Finanzlage der Stadt Luzern

Stadt ist mit der detaillierten Überprüfung der Aufgaben auf dem richtigen Weg

Die grünliberale Fraktion begrüsst die Massnahmen des Projektes „Haushalt im Gleichgewicht“ grundsätzlich. Für die Zukunft wünscht sie sich aber eine weitere Priorisierung der Aufgaben und der angebotenen Leistungen sowie mehr Subsidiarität. Kritisch betrachtet die Fraktion die Planung der notwendigen Investitionen. Eine Verzögerung verbessert zwar die laufende Rechnung, birgt aber das Risiko eines teuren Investitionsstaus.

Die Stadt Luzern kämpft seit mehreren Jahren mit einem strukturellen Defizit. Trotz verschiedener Sparbemühungen ist es bis heute nicht gelungen, dieses Defizit nachhaltig zu beseitigen. Auch wenn der Rechnungsabschluss 2015 besser war als ursprünglich angenommen: Die Stadt Luzern gibt nach wie vor mehr aus als sie einnimmt.

Die grünliberale Fraktion des grossen Stadtrats begrüsst denn auch das mit dem Projekt „Haushalt im Gleichgewicht“ gewählte Vorgehen zur Verbesserung der finanziellen Situation. Anstelle linearer Kürzungen oder unpopulärer Massnahmen wurden die aktuellen Aufgaben der Stadtverwaltung vertieft geprüft. Mit insgesamt 83 Massnahmen will der Stadtrat die laufende Rechnung um bis zu 14 Millionen Franken bis 2020 jährlich entlasten.

„Damit sind die anstehenden Herausforderungen der Stadt Luzern allerdings noch nicht gelöst“, sagt Grossstadträtin Laura Kopp. Ein Blick auf die Zahlen der Gesamtplanung zeigt, dass ab 2020 wieder mit Defiziten zu rechnen ist. Zahlreiche Investitionen, z.B. in Schulhäuser, werden aufgrund des Investitionsplafonds und zur Verschönerung der Zahlen der laufenden Rechnung verschoben oder hinausgezögert. Aus Sicht der Grünliberalen führt dies nicht zu einer nachhaltigen Gesundung der städtischen Finanzen.

Die grünliberale Fraktion wird sich für eine weitere Überprüfung der Aufgaben und Leistungen sowie deren Priorisierung einsetzen. Laura Kopp erläutert dazu: „Wir sprechen uns klar gegen den Abbau von Leistungen auf der einen Seite bei gleichzeitigem Aufbau neuer Aufgaben aus. Das Prinzip der Subsidiarität soll überall, vor allem aber bei freiwilligen Bereichen gelten.“